

# Beschlussvorlage



Landeshauptstadt  
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1558/2012
Amt/Aktenzeichen 10.01/	Datum 27.09.2012	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 16.10.2012

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Haupt- und Personalausschuss	Vorberatung	24.10.2012	Ö
Stadtrat	Entscheidung	31.10.2012	Ö

## Betreff:

Antrag 0225/2012 (SPD) Einrichtung von Bürgerforen; Ergänzungsantrag 0225/2012/1 (CDU)

Dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz,

gez.:

Michael Ebling  
Oberbürgermeister

## Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt, der Stadtrat beschließt die zunächst auf ein Jahr befristete modellhafte Erprobung von Bürgerforen als ein Instrument nonformaler Bürgerbeteiligung.

Die mit der Durchführung der Foren erforderlichen Sachmittel (Öffentlichkeitsarbeit, Räumlichkeiten, Moderation, Dokumentation, Verpflegung usw.) werden über die im Haushaltsplan 2013/2014 im Produkt 11101 veranschlagten Mittel gedeckt.

## Problembeschreibung / Begründung:

### 1. Sachverhalt

Die stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in lokal relevante Meinungsbildungsprozesse in Mainz ist eine zentrale politische Zielsetzung, die mit den Ludwigsstraßenforen im Vorfeld der städtebaulichen Entwicklung des Karstadt-Komplexes sowie mit den Workshops beim MVG-Projekt Mainzel-Bahn in den vergangenen Monaten eine konkrete Umsetzung erfahren hat.

Dabei wurde deutlich, dass frühzeitige Bürgerbeteiligungsprozesse nicht nur gewünscht, sondern auch aktiv angenommen werden, wenn die in der Beteiligungsphase eingebrachten bürgerschaftlichen (Mehrheits)Meinungen auch Eingang in die politische Willensbildung finden.

Politische Entscheidungen können somit auf der Basis eines breiten Meinungsbildes und evtl. Alternativen abgewogen und getroffen werden – ohne die Rolle des Stadtrats als nach der Gemeindeordnung bestimmtem, alleinigen „Souverän“ zu beeinträchtigen.

Politische Beteiligung kann in sehr verschiedenen Formen zum Ausdruck kommen und muss dabei auch die klassischen, weil formalisierten Beteiligungsinstrumente (z.B. Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren; Beteiligungen nach dem Baurecht) erweitern.

Der vom Stadtrat am 1.2.2012 beschlossene Antrag der SPD-Stadtratsfraktion „Einrichtung von Bürgerforen“ fordert ein Konzept für diese nonformale Form der bürgerschaftlichen Partizipation, die auf den in den USA entwickelten „Wisdom Councils“ fußt. Dieses Verfahren zielt darauf ab, Lösungen für stadtrelevante Themen zu bearbeiten, die eine Gruppe von zufällig aus einem repräsentativen lokalen Querschnitt ausgewählte Personen miteinander vereinbaren und zu konsensfähigen Vorschlägen entwickeln. Die besondere Herausforderung liegt dabei für die Moderation im nicht eingeschränkten Spektrum der zu bearbeitenden Themen und in der Zusammenführung zu kreativen und gemeinschaftlichen Problemlösungen.

Mit diesem Ansatz können relativ schnell konsensuale Ergebnisse erreicht und in einem gemeinschaftlichen Abschluss-Statement festgehalten werden, das dem Stadtrat durch eine Delegation der Bürgerforen-Teilnehmenden zur Kenntnis gebracht wird.

Somit können neue Kommunikationskanäle und neue Legitimitätsressourcen zwischen Bürgerschaft und Rat erschlossen werden, Beteiligung dient dabei als Ergänzung, nicht als Ersatz repräsentativer Demokratie.

(s.a. „Politik beleben, Bürger beteiligen – Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle“, BertelsmannStiftung 2011)

Erfahrungen mit dieser Form bürgerschaftlicher Partizipation liegen in Deutschland noch kaum vor, Baden Württemberg plant derzeit ein zweijähriges Modellprojekt mit 10 Gremien ab Ende 2012.

### 2. Lösung

Zur Erprobung dieser innovativen Form niedrigschwelliger bürgerschaftlicher Partizipation beabsichtigt die Verwaltung ein zunächst auf ein Jahr befristetes Modellprojekt. In diesem Zeitraum sollen **drei** Bürgerforen durchgeführt werden.

Die vom OB einzuladenden, potenziellen Teilnehmenden werden - für jedes Bürgerforum neu - über das Amt 33 stichprobenartig aus dem Melderegister ermittelt und bilden einen repräsentativen Querschnitt der Mainzer Bevölkerung. Aus den Erfahrungen mit dem Rücklauf von Fragebögen empfiehlt sich die Einladung einer Gruppe von mind.

120 Personen, um mit einer Gruppe von mindestens 20 tatsächlich Teilnehmenden zu kalkulieren.

Die Bürgerforen finden samstags statt und werden aus einem Duo aus verwaltungsinterner und -externer Moderation begleitet.

Die Ergebnisse werden dokumentiert und in der dem jeweiligen Bürgerforum nachfolgenden Stadtratssitzung durch zwei aus dem Forum bestimmte Sprecher/innen vorgestellt. In der Tagesordnung wird hierzu gemäß § 35 GemO ein eigener TOP vorgemerkt. Die Verwaltung prüft die Vorschläge und legt anschließend den jeweils erforderlichen Gremien Lösungsansätze vor.

Auf der Homepage der Stadt Mainz wird eine eigene Seite „Bürgerforen“ eingerichtet, auf der über die Ergebnisse der Foren, die Diskussion im Stadtrat und die konkrete Umsetzung berichtet wird. Eine interaktive, moderierte Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger wird angestrebt.

Nach Abschluss der drei Foren wird auf Basis der in der Modellphase gewonnenen Erfahrungen durch die Gremien über eine Fortsetzung entschieden.

### **3. Alternativen**

Verzicht auf diese Form bürgerschaftlicher Partizipation

### **4. Ausgaben/Finanzierung**

#### **a) einmalige Ausgaben**

Die erforderlichen Kosten für:

Einrichtung und Pflege der neuen Seite „Bürgerforen“ auf der Homepage [www.mainz.de](http://www.mainz.de);

Ext. Moderation (ca. 4 Einsatztage pro Forum a 800 Euro – inkl. Vor- und Nachbereitung); Dokumentation

Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Flyer);

Catering / Getränke / Parkkostenübernahme für die Teilnehmenden der Foren;

sowie ggf. Verdienstausschlag von Teilnehmenden im Einzelfall

sollen aus den im Haushalt 2013/2014 veranschlagten Mitteln im Produkt 11101 gedeckt werden.

#### **b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)**

Erweiterung des Aufgabenfeldes des Büros für Arbeitsmarktförderung / AKK-Angelegenheiten zum

Büro für Bürgerbeteiligung, Arbeitsmarktförderung und AKK-Angelegenheiten auf Basis der vorhandenen 2 VZ-Stellen

### **Finanzielle Auswirkungen:**

